



Hurra! Die Banken werden gerettet

Description

Und „plötzlich“ ist die Finanzkrise wieder da. Drei Jahre ist es her, dass im Gefolge des Zusammenbruchs von Lehman Bros die v.a. (aber nicht nur) mit US-Immobilienkrediten aufgeblasene Kreditblase platzte. Damals hieß es von Regierungsseite weltweit, die Rettung notleidender Banken sei eine einmalige Sache.

Angesichts der sich verschärfenden Probleme bei den europäischen Banken wird von der deutschen Bundesregierung erwogen, den Bankenrettungsfonds Soffin wieder zu aktivieren. Er war nach dem Herbst 2008 eingerichtet worden, um mit Kapitalhilfen in Höhe von bis zu 80 Mrd. Euro und Garantien von bis zu 400 Mrd. Euro deutsche Banken zu stützen.

Auf europäischer Ebene wird analoges erwogen. Nur weiß man noch nicht, ob das in einer konzertierten Aktion auf jeweils nationaler Ebene geschehen soll, oder gleich supranational von Brüssel aus.

Vor Kurzem erst hatten die Eurozonen-Finanzminister die [Feststellung des IWF](#) vehement zurückgewiesen, die europäischen Banken benötigten eine Rekapitalisierung im Volumen von 200 Mrd. Euro. Sie hatten doch ihr Bankensystem zwei Stress-Tests unterzogen, die „alles in Butter“ gezeigt hatten.

[Beim ersten, im Juli 2010, kam heraus, dass nur 7 von 91 untersuchten Banken nicht „stressfest“ waren;](#) irische waren nicht dabei. Beim zweiten, im Juli diesen Jahres, haben acht Banken keine harte Kernkapitalquote von mindestens fünf Prozent erreicht, darunter fünf spanische. Weitere 16 blieben unter sechs Prozent, 18 Geldhäuser unter sieben Prozent. Der französisch-belgischen Großbank Dexia wurde bescheinigt, sie benötige keine Stärkung ihrer Kapitalbasis.

Vier Monate nach dem ersten Stresstest benötigten irische Banken erhebliche Hilfsmittel aus dem europäischen Rettungsschirm. Drei Monate nach dem zweiten muss Dexia gestützt werden und das ganze Bankensystem scheint zu wackeln. Das sind fürwahr brauchbare Tests!

Die europäischen Finanzpolitiker haben nach dem offenen Ausbruch der Finanzkrise im Herbst 2008 so getan, als sei mit den Banken alles in Ordnung. Aus gutem Grund, sollten sie doch die Staatsschulden der Eurozone finanzieren. Das war für diese lange Zeit ein gutes Geschäft. Jetzt, konfrontiert mit der absehbaren Konsequenz, dass sie auf einem Haufen Müll sitzen, rufen die Banken erneut nach dem staatlichen Finanztopf. Und sie bekommen ihn.

[Der Euro-Krisenfonds wird gehebelt](#), die Banken werden alimentiert. Da lacht die Gier!

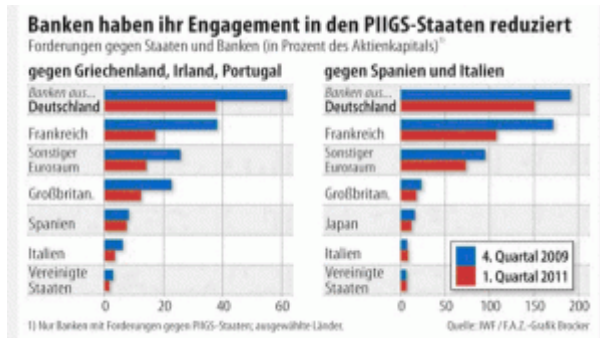
Die Finanzmärkte blickten noch am Montag ins Bärenmarktloch (der S&P 500 verlor intraday über 20% auf seinen Jahreshöchststand). Die „guten“ Nachrichten von der europäischen Bankenstütze drehte das Blatt in wenigen Minuten. Und plötzlich steigen die Kurse, steigen die Rohstoffpreise wieder.

Vor drei Jahren haben die Staaten die Banken gerettet. Jetzt müssen sie erneut gerettet werden, gleichzeitig gehen die Staaten unter der Schuldenlast in die Knie. Letzte Rettung: Die Notenpresse der EZB.

Ein kleiner Ausblick: Beim jüngsten Bankenstresstest hatte sich ergeben, dass 90 europäische Banken innerhalb der nächsten 24 Monate 5,4 Bill. Euro zu refinanzieren haben. Das ist schon in guten Zeiten eine gewaltige Belastung, in schlechten (wie diesen) zu viel.

Dieser Ausblick dürfte erst einmal wenig Bedeutung haben, geht es doch an den "Märkten" schon länger nicht mehr um fundamentale Entwicklungen, sondern lediglich um möglichst viel kostenloses Spekulationsgeld.

Anhang: Das Engagement der europäischen Banken bei den PIIGS (FAZ-Grafik)



Nachtrag: Die EZB wird zwei langfristige Refinanzierungsgeschäfte auflegen, eines mit einer Laufzeit von zwölf Monaten im Oktober (12-Monatstender), ein weiteres mit einer Laufzeit von 13 Monaten im Dezember. Die Banken können dabei so viel Geld leihen wie sie benötigen. Zudem will die EZB wieder sogenannte gedeckte Anleihen wie Pfandbriefe kaufen – das Volumen liegt bei 40 Mrd. Euro. Mit beiden Maßnahmen sollen Liquiditätsengpässe im Finanzsektor vermieden werden. Während der Finanzkrise hatte die EZB insgesamt drei 12-Monatstender aufgelegt, der erste umfasste 442 Mrd. Euro.